

Die "Volls-Zeitung" erscheint täglich zwei Mal... Beschriftung: W. Kasperowitsch, u. a.

Volls-Zeitung.

Organ für Jedermann aus dem Volke.

Gratis-Beilage: "Gutenberg's Illustriertes Sonntagsblatt."

Berlin. 1902. — 50. Jahrgang.

Abonnementpreis für Berlin: Vierteljährlich post bezahlt 4,50 Mk. ... Preis für den Abnehmer 1,25 Mk.

Der Steglitzer Oberlehrer,

ber, wie wir in Nr. 436 der "Volls-Zeitung" mitgeteilt haben, in einem Buche „Der Deutsche und sein Vaterland“ sich in bitteren Bemerkungen ergeht über den in Deutschland großgezogenen Deutschen, über die Banalität der erdüblichen Frömmigkeit, über die für viele Ziele begünstigte Charakterlosigkeit, über die völlige Lächerlichkeit eines erlogenen Patriotismus, über die schändliche Haltung eines erlogenen Patriotismus, über die schändliche Haltung eines erlogenen Patriotismus...

Die Reise der Burenfürher nach Deutschland

Wird nun fest; sie wird Anfang Oktober vor sich gehen. Eine hiesige Parlaments-Korrespondenz schreibt: Nach dem heute früh am Mittwoch von den Burengeneralen eingetragenen Nachrichten sind sie in der Lage, über deren Verlauf und Ausfall in Berlin folgende ausführliche Mitteilung zu machen: Der ursprüngliche Plan, bereits am nächsten Sonntag ihre eintrütliche, müde wegen entgegenstehender Anordnungen über den Fortschritt in Holland und Belgien auszuführen...

haben. Es ist nicht zu erwarten, daß von Seiten der Burengenerale irgendwelche anti-englische Kundgebungen provoziert werden. Sollte bei dieser Gelegenheit folches von anderer Seite verübt werden, so würde die Regierung, wie auf Grund guter Informantien als sicher anzunehmen ist, zu Maßregeln gezwungen sein, deren bedeutendere Folgen sich die überzogenen Burenfürher selbst zuzuschreiben haben würden. Die Regierung ist sehr entschlossen, solche Demonstrationen unter keinen Umständen zu dulden.

Zur Posener Oberbürgermeister-Kandidatur

schreibt man uns aus Posen vom gestrigen Tage: Nachdem Herr Witting seinen Vertrag mit der Nationalbank in Berlin unterzeichnet hat, sieht Posen in nächster Zeit vor einer Oberbürgermeisterwahl. Die sozialistische „Posener Volkszeitung“ hatte dieser Tage gemeißelt, daß Reichsanwalt Justizrat Dr. Lewinski sich um den freierwerbenden Posten bewürbe. Quelle schreibt der „Wellschpolnau“: Wir erfahren aus ganz bestimmter Quelle, daß Herr Dr. Lewinski seine Bewerbung um den freierwerbenden Posten zurückgezogen hat, da sich seiner Kandidatur bedeutende Schwierigkeiten entgegenstellten...

Die Wahl des Kölner Erzbischofs

scheint nun bald erfolgen zu sollen. Wiegenfels meldet die „Germania“: Ueber die Kölner Erzbischofswahl wurden jüngst von verschiedenen Seiten Gerüchte verbreitet, wonach einer kanonischen Wahl des Metropolitankapfels erste Hindernisse im Wege liegen könnten. Wir freuen uns, demgegenüber mitteilen zu können, daß nach dem die kirchliche Wahlkommission eingetragene Kandidatenliste nach Köln zurückgelangt ist, einer kanonischen Wahl demnach nichts mehr im Wege stehen wird. Danach ist zu schließen, daß die Kandidatenliste auch den Befehl des Kardinals Rampolla sowie der im Vatikan diensttuenenden Jesuiten gefunden hat.

Ueber die Fleischschöpfung

Die Petition der Fleischerinnungen des oberhessischen Industriebezirks, die auf Veramtlung der Reichsregierung in den Bundesrat abzugeben ist, führt, wie man uns aus Kattowich schreibt, u. a. aus:

Ein von dem oberhessischen Fleischerverbande an den Minister für Landwirtschaft, Kommerz und Forsten am 30. April er. gerichtete und von dem Magistrat der Stadt Wetzlar eingehend beratenerter Gesuch um Zulassung der Einfuhr lebender Schweine aus Desterreich-Ungarn ist leider unter dem Hinweis abschlägig beschieden worden, daß dies der Gesundheit des heimischen Schweinebestandes nicht zulässig sei, während im Interesse der Bevölkerung des oberhessischen Industriebezirks um Vermehrung der Einfuhr russischer Schweine bitten.

Da Fleisch zur Ernährung nicht vorhanden ist, werden die oberhessischen Fleischer gezwungen, die Fleischpreise noch mehr zu erhöhen. Die Folgen daraus werden sein, daß dadurch die leicht erregbaren Massen aufgereizt, zu allerschlimmsten Ausschreitungen übergehen werden, zumal sie durch die auch hier vorhandenen politischen und sozialdemokratische Agitation immer darauf hingewiesen werden, wie reichlich und billig das Fleisch jenseits der Grenze zu haben ist. In Erwägung dessen:

- daß in neuerer Zeit in Russland in betrüblicher Beziehung noch härtere Maßnahmen getroffen sind als bei uns in Deutschland;
- daß die zur Einfuhr nach hier bestimmten Schweine einer Quarantäne unterworfen und dann durch königlich preussische beamtete Thierärzte sorgfältig untersucht werden;
- daß durch die Erhöhung der Schweinepreise nicht im geringsten eine Einschränkung von Verschwendung zu befürchten ist, da seit Jahren bei den eingeführten 1350 Stück nicht eine Spur davon konstatirt werden kann;
- daß endlich die eingeführten Schweine mit einem etwachen Viehbestand gemischt in Verbrauch kommen, indem sie sofort geschlachtet werden;

Unterzeichnet haben diese Eingabe die Fleischerinnungen im oberhessischen Industriebezirk zu Wetzlar, Kattowich, Gleimich, Wylowitz, Lauterbach, Jagdre, Antonienhütte, Biskupitz, Karowitz, Wörschitz und Eipine.

Die Regierung und die Fleischschöpfung. Ueber die Maßregeln der bayerischen Regierung gegen die Fleischschöpfung wird weiter berichtet: Laut einer Meldung des „Frankf. Cour.“ stellen mehr als zwei Drittel der bayerischen Gemeinden eine Fleischschöpfung fest, wobei die Befürchtung einer weiteren Preissteigerung aus, wenn der Verbrauch zu den Märkten nicht vermehrt werde. Die bayerische Regierung werde daher demnach weitere Grenzvereinerungen betrefe der österreichisch-ungarischen Einfuhr unter bestimmten Bedingungen erwägen.

Frankfurt und Straßburg. Aus Düsseldorf, 18. September, wird uns geschrieben: Eine grundgesetzliche Verjährbarkeit der Anklagen über die Frage, ob insofern Frankfort ein Strafverwaltungsorgan ist, ist neuerdings in drei Urtheilen des Obergerichts des VII. Kammerpols und des Reichsmilitärgerichts zu Tage getreten. Da der Fall physikalischer Antriebe ist, sei er ausdrücklich wiedererörtert. Der Minister Friedrich Liche von Inf.-Regiment Nr. 53 in Köln wurde im März d. J. von hiesigen Obergericht des 14. Division den der Anklage, sich während einer Schlichtung eines thätlichen Angriffs, der Verletzung sowie der Milderung und Abmilderung gleichmäßig gemacht zu haben, mit der Motivierung freigesprochen, daß sich der Angeklagte zur Zeit der Begehung der That im Zustande sinnloser Zerknirschtheit befunden habe, so daß seine freie Willensabstimmung ausgeschlossen war. In der vom Obergericht eingeleiteten Berufung beschloß sich im Mai d. J. das Obergericht in Köln mit der Angelegenheit. Es ging aus dem einmütigen Gutachten eines Obergerichts und eines Generalrats hervor, daß bei dem Angeklagten, einem sonst solider Mannes von guter Führung, ein typischer Fall von akuter Alkoholvergiftung in seiner successiven und fortwährenden Entwicklung von Stadium der beginnenden Erregung bis zur totalen Verwirrung und sinnlichen Ablösung vorliege, daß eine freie Willensabstimmung des T. ausgeschlossen gewesen sei und daß demzufolge dieser Fall sein Thun und Lassen nicht verantwortlich gemacht werden könne. Das Obergericht gelangte demnach unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils zu einer Verurteilung des Angeklagten in der Höhe von 2 1/2 Jahren Gefängnis. Dieses Urtheil wurde auf die eingeleitete Revision hin vom zweiten Strafsenat des Reichsmilitärgerichts aufgehoben. Anmerkung ist in seiner gegenwärtigen Stellung das Obergericht wiederum zu einem verurtheilenden Erkenntnis gelangt; auch dieses wird in der Revision angefochten. Demnach billigen Urtheilsprüche in dieser Angelegenheit kann man mit Interesse entgegnen.

Das kirchliche Interesse!

Für die Frage der Neuregelung des Küstervereins und Abtrennung der niederen Küsterdienste vom Schulamte hat sich der preussische Kultusminister auf eine Petition des Vereins berufen und mit einem Küsteramt beehrten Lehrer Kommerz folgtensowenig geantwortet: Es könne den Wünschen der Bistümer nach einer erneuten Regelung der in den Küsterstellen verbundenen Grundgehälter nicht entsprochen werden. Der in der Ausführungsanweisung zum Lehrerbeförderungsgesetz betonte Grundfah, daß die Neuregelung der Besoldungen auf absehbare Zeit einen Abbruch bilden solle, müsse auch auf die mit einem Annehmern verknüpften Lehrerstellen gelten. Die Durchführung des Paragraphen 4 des Lehrerbeförderungsgesetzes sei femerunter unter Hinweisung des königl. Konfessionserl. Seit dem 1. April 1897 könnten kaum derartige Veränderungen in den Verhältnissen eingetreten sein, daß eine allgemeine Neuregelung geboten wäre. Da einer Neuregelung der Grundgehälter in Pommern würde die ganze Besoldungsfrage wieder aufgerollt und neue Veranlassung in die unrentablen Dienststellen Gemeinden gegeben werden. Die Gemeinden würden der Maßnahme ebenfalls den festgesetzten Widerstand entgegenstellen, und es müßte vornehmlich vielfach das Zwangsverfahren angewendet werden, wodurch aber das kirchliche Interesse erheblich geschädigt werden würde. (N) Die Abtrennung der niederen Küsterdienste vom Schulamte sollte den Bezirksregierungen bzw. den zuständigen örtlichen Behörden überlassen werden.

Eine politische Gewerbaustellung für Posen

und die ehemaligen Bevorte wird nächstes oder über nächstes Jahr in Posen stattfinden. In der letzten Sitzung des polnischen Industrievereins wurde dieser Beschluß gefaßt. Die Sache wird von einer Reihe polnischer Vereine in Posen, Jaruz, Jersch, Wilna, in die Hand genommen, die Initiative geht aber von dem Posener (alten) Industrieverein aus.

Italien will die Beschäftigung von Katholiken einführen.

Einem Redakteur der „Italie“ verifierte der Ministerpräsident Zanardelli, daß die Regierung in der nächsten Tagung der Kammer die Beschäftigungsvorlage einbringen wird. Auch auf diesem Gebiete ist es an der Zeit, daß eine wirklich fromme Regierung endlich mit den Traditionen eines unabherrschten Dogmenzwanges aufhört.

Die Note der Vereinigten Staaten gegen die rumänischen Judenverfolgungen.

Ueber die Note des Staatssekretärs Hay in der Angelegenheit der rumänischen Juden verweist eine vom 17. d. M. datirte Washingtoner Meldung der „Associated Press“ ausführlicher, wie folgt: Staatssekretär Hay rüchelte eine entscheidende Note an die diplomatischen Vertreter Amerikas bei allen benachbarten Mächten, die den Berliner Vertrag vom Jahre 1878 unterzeichnet haben, durch den die unabherrschten Willensstaaten geschaffen wurden und nach dem seine Unterzeichnung bei den Völkern Rumaniens hinsichtlich ihres Religionsbekenntnisses zu machen ist. Die Note der Vereinigten Staaten sagt, Amerika habe den Vertrag nicht mit Unterdrückung, sehr wohl aber gewiss, die Mächte zu bitten, auf eine Verabredung der im Artikel des Vertrags

Berliner Börse vom 19. September.

Umrechnungen: 1 Fr. Live Lon. Posten: 89 Pf. - Ost. 1. Gold-M. Währ. 1.01 Kr. 685. - 7 1/2 ...

Table with multiple columns listing various stocks and financial instruments such as 'Börsen', 'Industrie-Aktion', and 'Schiffahrt-Aktion'.

Main section of the table containing detailed stock prices and financial data for various companies and markets.

Section containing specific market data, possibly 'Aussied. Fonds u. Pfänder', and other financial indicators.